

keit auch in Gewerkschaften, bei Betriebsräten sowie Vorständen als Thema zu etablieren und einer differenzierten Betrachtung zugänglich zu machen. Im Jahr 2003 wurde sie dafür mit dem angesehenen Margherita-von-Brentano-Preis der Freien Universität Berlin ausgezeichnet. Bis zuletzt forschte sie, publizierte, hielt Vorträge, mischte sich in Debatten ein und agierte als unermüdliche Vermittlerin zwischen Theorie und Praxis. Sie war in feministischen Kreisen gern gesehen, wurde aber auch gerade in männlich dominierte Kontexte wie Vorstände und Gewerkschaften gerne eingeladen, in denen ihre vermittelnde Art besonders geschätzt wurde.

Gertraude Krell war in vielerlei Hinsicht eine besondere Hochschullehrerin. Sie hat vorgelebt, wie es möglich ist, sich als Professorin der Betriebswirtschaft in einer Männerdomäne zu behaupten – in der ihr eigenen ganz sachlich-unprätentiösen Art. Sie unterstützte zahlreiche jüngere WissenschaftlerInnen nicht nur als Betreuerin, Ko-Autorin, Mentorin, sondern auch als eine Freundin, die jeder und jedem auf Augenhöhe begegnete. Mit ihrer Beharrlichkeit und Herzlichkeit, ihrem Charme und vor allem ihrem trockenen Humor konnte sie Brücken schlagen und Grenzen überwinden.

Gertraude Krell ist am 5. Januar 2016 in Berlin gestorben. Der menschliche Verlust ist schmerzlich. Sie hat das Leben ihrer Mitmenschen – StudentInnen, MitstreiterInnen und FreundInnen – nachhaltig geprägt. In unserer Erinnerung bleiben ihr Werk und ihr Wesen.

UN-Klimagipfel in Paris 2015: Post-politische Geschlechtergerechtigkeit

SYBILLE BAURIEDL

Gipfeltreffen sind keine Orte, an denen systemtransformierende Debatten geführt werden. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Jubelbilder vom 12. Dezember 2015 bei der Verabschiedung des sogenannten Paris Agreement des Klimagipfels (COP 21) interpretiert werden. Diese Konsensvereinbarung beruht auf Freiwilligkeit und der Flexibilität der Maßnahmen zum Klimaschutz im Sinne einer neoliberalen Marktwirtschaft (Fuhr et al. 2015). Beim ersten UN-Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro schien es noch undenkbar, dass Privatunternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen könnten. Insbesondere die Energie-, Lebensmittel-, Pharma- und Automobilindustrie sowie Investmentbanken wurden damals noch als Schuldige der katastrophalen Umweltveränderungen betrachtet. Seitdem hat ein radikaler Diskurswandel stattgefunden. Gerade in diese Branchen wird nun alle Hoffnung gelegt, dass sie zu Klimarettern werden und die gewünschte globale Dekarbonisierung vorantreiben. Das Paris Agreement beruht auf einem Technologie- und Dere-

gulierungsoptimismus. Diese Form der Klimapolitik sieht ihre Aufgabe nur noch darin, rechtliche Instrumente zu schaffen, und überlässt der Privatwirtschaft und den Finanzmärkten die Entscheidung über die ökologisch, sozial und ökonomisch geeigneten Klimaschutzmaßnahmen. Der Preis dieser Klimapolitik ist die Verlängerung ungleicher sozialer und globaler Verhältnisse in die Zukunft. Das hat Folgen für eine umweltgerechte Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit.

Positionen, die ökonomische Machtverhältnisse kritisieren, waren in Paris lediglich auf der Straße und den NGO-Bühnen zu hören – begleitet von dem Mantra „system change – not climate change“. Zu einer Wiederbelebung feministischer Standpunkte, die schon in den 1970er-Jahren den Zusammenhang von Kapitalismus und imperialer, patriarchaler und heteronormativer Arbeitsteilung herausgearbeitet haben (vgl. Federici 2012; Gibson-Graham 2011), ist es aber auch bei NGOs bisher nicht gekommen. Daher im Folgenden einige Hinweise zur Reproduktion der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der internationalen Klimaschutzpraxis und eine kritische Betrachtung des Empowerments von Frauen in der Klimapolitik.

Inwertsetzung von Frauen für einen deregulierten Klimaschutz

Im Kapitalismus ging die Inwertsetzung von Natur und die Inwertsetzung der Arbeitskraft von Frauen bisher zumeist Hand in Hand. In der Klimapolitik lässt sich diese Inwertsetzung am Mechanismus des Emissionszertifikatehandels beobachten. Dieser Handel beruht auf der Idee, Kohlenstoffemission mit Kohlenstoffextraktion zu verrechnen. Wer diese Regulationsleistung erbringt (z.B. Bäume pflanzt oder bewahrt), soll dafür bezahlt werden. Diese Leistung wird durch biophysikalische Parameter bemessen und der errechnete Emissionsreduktionsbeitrag mit einem monetären Wert gleichgesetzt.

Das Sekretariat der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) sowie andere internationale Entwicklungsorganisationen und Privatunternehmen des freiwilligen Zertifikatehandels nutzen hierfür seit einigen Jahren auch die unbezahlte Reproduktionsarbeit von Frauen und investieren in die Verbreitung von energieeffizienten Kochern in ‚Entwicklungsländern‘¹ (UNFCCC 2012). Die Verbreitung von raucharmen Kochern ist eine Entwicklungsstrategie internationaler Geberinstitutionen, die schon in den 1950er-Jahren zur Gesundheitsförderung angewandt wurde (vgl. cleancookstoves.org). Seit 2007 sind saubere Kocher auch als Maßnahme im internationalen Emissionszertifikat Handel akzeptiert (Clean Development Mechanism). Mit diesen Kochern wird der Einsatz von Brennstoff (Holz und Holzkohle) sowie dessen Emission reduziert. Damit wird ein Beitrag zur Bewahrung von Wäldern und deren Funktion als Kohlenstoffsенke geleistet. Für den Einsatz eines Kochers in einem ‚Entwicklungsland‘ kann eine Tonne Kohlenstoffemissionen pro Jahr in einem ‚Industrieland‘ kompensiert werden. Dass der Kocher regelmäßig benutzt wird, setzen die Zertifikatanbieter voraus, sonst würde der gewünschte Effekt für den Klimawandel nicht erreicht.

Die Verbreitung von Effizienzkochern hat in Ostafrika und Südasien enormen Umfang angenommen. Die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat zwischen 2006 und 2014 allein in Kenia 1,45 Millionen energiesparende Kocher verbreitet. Das heißt, über 1 Million Tonnen Kohlenstoffemissionen wurden für das nationale Emissionsbudget von Deutschland durch die unbezahlte Reproduktionsarbeit von Kenianer_innen kompensiert (die dort fast ausschließlich von Frauen geleistet wird).

Diese Klimaschutzleistung wird von den Initiatoren_innen mit dem Zusatzprädikat „Empowerment von Frauen“ verbunden, da die Köch_innen Zeit und Arbeitskraft beim Holz sammeln sparen, die sie in ihre Bildung bzw. in bezahlte Erwerbsarbeit investieren könnten – so die Theorie dieser Top-down initiierten Ermächtigungsidee. Solange der Einsatz von Effizienzkochern an stereotype Rollen der Reproduktionsarbeit gekoppelt bleibt, ist der positive Effekt innerhalb patriarchaler Familienstrukturen kein Automatismus. Bisher liegen hierzu keine international vergleichenden Evaluationen vor. Länderstudien konzentrieren sich auf den positiven Beitrag zur Gesundheitsförderung und Emissionsreduktion und zeigen, dass parallel traditionelle Kochtechniken weiter praktiziert werden.

Einer feministischen Kritik an dieser Form von Klimaschutz und Entwicklungshilfe wird oft entgegnet, dass sie die real verbesserte Lebenssituation von Frauen übersieht. Ja, Kocher mit weniger ungesunder Rauchentwicklung sind zweifelsohne zu präferieren. Und ja, es ist eine gute Idee, die Energieversorgung auf Haushaltsebene zu sichern. Aber warum ist das Empowerment von Frauen auf den Zugang zu Technologien vorindustrieller Zeit beschränkt, die noch dazu ihre Rolle als unbezahlte Sorgearbeiterin reproduziert und legitimiert? An der sauberen neuen Welt des Grünen Wachstums sollen arme Frauen im Globalen Süden offensichtlich nur als unbezahlte Sorgearbeiterinnen und mit sehr bescheidenen Produktionsmitteln teilhaben. Für ein strukturelles Empowerment von Frauen sind Effizienzkocher daher ungeeignet.

Geschlechtergerechtigkeit in der UN-Nomenklatur

„Empowerment von Frauen“ ist kein neues Ziel der Klimapolitik. Beim Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro feierten es die Gender-and-Environment-NGOs als Erfolg, dass im Abschlussdokument Agenda 21 Frauen auf Grund ihrer Sorgetätigkeit und ihres großen Beitrags in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft als prädestinierte Umweltmanagerinnen auf lokaler Ebene betrachtet wurden. Ein „Empowerment von Frauen“ hat bisher jedoch nicht die Geschlechterlücke beim Zugang zu Ressourcenkontrolle, zu politischen Gremien und bei der Technologieentwicklung (Röhr et al. 2008) geschlossen. In der ersten Verhandlungswoche von Paris wurden zwar Aspekte von Geschlechterungleichheit thematisiert, im Agreement taucht geschlechtsspezifische Klimagerechtigkeit jedoch nur in der Präambel in der Auflistung marginalisierter Gruppen auf:

Parties should, when taking action to address climate change, respect, promote and consider their respective obligations on human rights, the right to health, the rights of indigenous peoples, local communities, migrants, children, persons with disabilities and people in vulnerable situations and the right to development, as well as gender equality, empowerment of women and intergenerational equity.

Im Haupttext des Agreements werden diese Ansprüche nicht mehr aufgegriffen. Genau dies wird von Gender-and-Environment-NGOs, die auch beim aktuellen Gipfel engagiert und gut vernetzt aufgetreten sind, als notwendig für einen veränderten Umgang mit dem Klimawandel eingefordert: „We will not be silenced from telling the truth to power, to highlight the lack of ambition and injustice in this agreement.“ (WGC 2015, o.S.)

Ein Konsens zur Fortsetzung von Ungleichheitsstrukturen

Die Verhandlungsführer_innen in Paris feiern sich dafür, dass sie ein radikales Ziel zur Bekämpfung des Klimawandels formuliert haben. Der Anteil an Treibhausgasen in der Atmosphäre soll mittelfristig auf das Niveau von 1990 zurückgebracht und langfristig eine Dekarbonisierung von Wirtschaft und Transport erreicht werden. Es gibt viele Wege dieses Ziel zu erreichen, die für unterschiedliche Gleichheits- und Gerechtigkeitskonzepte stehen. Da im Paris Agreement die Wahl der Maßnahmen den Nationalstaaten und deren Industrien übertragen wird, können diese entscheiden, ob sie in Großtechnologien der Treibhausgasreduktion investieren (z.B. Karbonverpressung und unterirdische Einlagerung), Zertifikate für Verschmutzungsrechte kaufen, fossile Energieträger substituieren (Energiewende) oder auf emissionsintensive Wirtschafts- und Lebensweisen verzichten. Ausgeblendet wird damit weiterhin, dass die Verantwortung für den Klimawandel, die Lasten des Klimaschutzes sowie potentielle ökonomische Gewinne einer Technologietransformation ungleich verteilt sind. Und diese Ungleichheit verläuft entlang (neo-)kolonialer Grenzen, entlang geschlechterkonformer Rollenverteilung und entlang ökonomischer Kräfteverhältnisse. Die Ursachen des Klimawandels und negativen sozialen Folgen des Klimaschutzes können jedoch nur mit einer Politisierung dieser multiplen und verschränkten Ungleichheitsstrukturen verstanden und bearbeitet werden. In diesem Sinne ist das Paris Agreement systemkonform und wird nicht verhindern, dass auch in Zukunft kapitalistische, patriarchale und imperiale Strukturen bestimmen, welchen Menschen ein Leben in Wohlstand und Sicherheit ermöglicht wird.

Anmerkung

- 1 Im Kyoto-Protokoll von 1997 werden die Bezeichnungen ‚developing countries‘ und ‚developed countries‘ für die Partner auf dem Klimaschutzmarkt verwendet. Ich übernehme diese Begriffe in deutscher Übersetzung für Aussagen, die sich auf den Emissionshandel beziehen.

Literatur

Federici, Silvia, 2012: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien.

Fuhr, Lili/**Schalatek**, Liane/**Santos**, Maureen/**Verolme**, Hans/**Primova**, Radostina/**Bogunovic**, Damjan, 2015: COP 21 and the Paris Agreement. A Force Awakened. Internet: www.boell.de/en/2015/12/15/cop-21-and-paris-agreement-force-awakened (20.1.2016).

Gibson-Graham, J. K., 2011: A Feminist Project of Belonging for the Anthropocene. In: Gender, Place & Culture. 18 (1), 1-21.

Röhr, Ulrike/**Spitzner**, Meike/**Stiefel**, Elisabeth/**v. Winterfeld**, Uta, 2008: Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier. Forum Umwelt & Entwicklung, genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit. Internet: www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Klima/Hintergrundpapier_genanet_FUE_Klimapolitik_2008.pdf (20.1.2016).

UNFCCC, 2012: Global Alliance for Clean Cookstoves. The Paradigm Project. Internet: http://unfccc.int/secretariat/momentum_for_change/items/6632.php (26.1.2016).

WGC – Women Gender Constituency, 2015: A Reality Check on the Paris Agreement: Women Demand Climate Justice. Internet: <http://womensgenderclimate.org/a-reality-check-on-the-paris-agreement-women-demand-climate-justice> (20.1.2016).

Befreite ‚Banker‘ – Social Freezing, Bioavailability und der Strukturwandel der Eizellspende

KATHRIN BRAUN

2015 war das Jahr der Gründung von Eizellbanken. So kündigt die Firma Seracell eine „der modernsten und sichersten Eizellbanken Europas“ in Rostock an (Kesselring 2015), während die Eizellbank in Erlangen mit „Jede Frau entscheidet. Selbst“ wirbt (Eizellbank Erlangen). Eizellbanken sind eine neue Form von Biobank, die im Zusammenhang mit der Praxis des Social Freezing entstanden ist.

„Social Freezing mit der Möglichkeit des Einfrierens der Fruchtbarkeit in jungen Jahren könnte sich als die zweite Revolution in der Selbstbestimmung der Frau erweisen, denn mithilfe dieser Methode ist es Frauen erstmals möglich, ihre biologische Uhr anzuhalten und den Zeitpunkt des Schwangerwerdens unabhängig von ihrem Alter zu bestimmen,“ meint Jürgen Puchta, leitender Arzt im Kinderwunschzentrum an der Oper München (Deutscher Ethikrat 2014, o.S.). Die erste Revolution war für ihn die Pille, nicht etwa die Frauenbewegung. Wenn Frauen historisch Selbstbestimmung erlangen, verdanken sie dies offenbar den Erfindungen der Männer, nicht ihren eigenen politischen Kämpfen.

Auch Feministinnen feiern Social Freezing als „großen Gleichheitsbringer“ (Bennett 2014; Richards 2013). Social Freezing werden beinahe messianische Kräfte